



Von der schwierigen Aufgabe, ans andere Ufer zu gelangen oder Lula und der Traum sozialer Veränderungen

Beat Wehrle, São Paulo - August 2006



Umfassende und tiefgreifende Prozesse der Veränderung fallen nie vom Himmel. Auf Dauer ausgerichtete Schritte der Veränderung sind komplexe Wagnisse, die ein breites, mobilisiertes und organisches Netz von sozialen Akteuren und historischen Subjekten bedingen. Nur so kann es gelingen, den Sinn und die Richtung einer Gesellschaft oder eines Landes entscheidend zu beeinflussen.

Aus dieser Optik ist eine möglichst objektive Analyse der Regierung von Luiz Inácio Lula da Silva, der erste Arbeiter im Amt als brasilianischer Präsident, möglich und sinnvoll. Lula wird frei von der Last beinahe messianischer Erwartungen. Die Betrachtung öffnet sich einem Lula als Präsidenten, der als Vertreter des brasilianischen Staates innerhalb der wirtschaftlich globalisierten Welt einen immer engeren und reduzierteren Spielraum hat.

So ist Lula sicher nicht der Ausdruck des lange erwarteten Umbruches der Wirklichkeit Brasiliens. Er ist nicht der absolut Neue, der alles zum Guten verändernde Andere, so etwas wie das fotografische Negativ der Jahrhunderte alten Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Abhängigkeit des brasilianischen Volkes.

Was Lula sein kann, ist der anfängliche Versuch eines Überganges weg von der ewigen Politik der Zementierung der Privilegien einiger Wenigen und hin zur Bestätigung und zur Bekräftigung der Rechte aller Menschen Brasiliens. Doch dieser Übergang ist ein schwieriger Brückenschlag. Der Drang des tobenden Wassers, welches das wirkliche Heute vom möglichen Morgen trennt, macht es schwer, von einem Ufer zum andern zu kommen. Die Regierung Lula ist ein hingerissener Schwimmer, dessen Züge kaum einen klaren Stil erkennen lassen und doch erfolgreich gegen das Ertrinken ringt, der nicht ans andere Ufer gelangt und trotzdem nicht einfach zurückbuchstabiert. Die Spuren der Regierung Lula sind deshalb gezeichnet durch die Spannung der Gegensätzlichkeit und durch den Druck des offenen Widerspruches.

Einerseits führt die Regierung der Arbeiterpartei die neoliberale Orthodoxie der Wirtschaftspolitik seines Vorgängers weiter und vertieft das Karussell der Verschuldung des brasilianischen Staates. Andererseits kann Lula wichtige Gewinne verbuchen: Die Inflation ist unter Kontrolle, die Arbeitslosigkeit ist tiefer als vor vier Jahren. Im vergangenen Jahr ist das Einkommen der Ärmsten um 14% gestiegen, während die mittlere Zunahme des Einkommens gerade 3,6% summierte. Der Mindestlohn hat seine Kaufkraft mehr als verdoppelt. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten hat die Kurve der ungleichen Verteilung zu steigen aufgehört und beginnt, langsam zu sinken. 1987 waren die Investitionen in Sozialhilfe gerade noch 3,1% des Budgets der Zentralregierung, im vergangenen Jahr waren es 21,4%.

Einzig in das Programm „Bolsa-Família“ („Familienstipendien“), das den sozial ausgeschlossenen Familien ein garantiertes Mindesteinkommen zusichert, wurden letztes Jahr 6,4 Milliarden Reais (3,6 Milliarden SFr.) investiert. 2003 wurden noch knapp 3 Millionen Familien durch dieses Programm unterstützt, im Laufenden Jahr sind es bereits 11 Millionen Familien geworden. Und trotzdem: diese in Sozialhilfe investierte Summe ist in derselben Periode gerade der zweiundzwanzigste Teil der Kosten der Zinsen und der Amortisierung der Ausland- und immer stärker der Inlandschulden des brasilianischen Staates. Der Reingewinn der beiden grössten Privatbanken Brasiliens (Bradesco und Itaú) ist einzig im ersten Semester des laufenden Jahres grösser als die ganzjährige staatliche Sozialhilfe durch das Programm des garantierten Mindesteinkommens. Zwar hat Brasilien all seine Schulden vor dem Internationalen Währungsfond frühzeitig beglichen, und doch ist die Gesamtsumme der brasilianischen Verschuldung auf 980 Milliarden Reais (550 Milliarden SFr.) angewachsen.

In Sachen Erziehung wurde zwar der Zugang zur Universität einer breiteren Bevölkerung eröffnet, doch die Reform der Grundschule ist bis jetzt ausgeblieben. Zwar haben die Schulen in den letzten Jahrzehnten stark an Quantität gewonnen, doch blieb gleichzeitig die Qualität der Erziehung weit auf dem Weg zurück. In Brasilien wiederholen 21% der Schüler der Grundschule die absolvierte Klasse, während diese Quote in Haiti 16% und in Ruanda 19% beträgt.

Die staatlich vergebenen Konzessionen für Radio- und Fernsehsender gelten weiter als teure, politische Münze, die entscheidend ist für die Bildung einer regierungsfähigen Mehrheit. Die Legalisierung alternativer Radiosender wird entschieden verunmöglicht, und einzig im vergangenen Jahr wurden über viertausend alternative Radiosender geschlossen. Nicht vergebens macht die brasilianische Landlosenbewegung ihren Witz über die perverse Konzentration der Kommunikationsmittel. Noch stärker als das Land sind diese konzentriert in der Hand weniger Familien. Deshalb fordert die Landlosenbewegung eine Landreform nicht nur für die Verteilung des Bodens, sondern verlangt ebenfalls den Durchbruch des Stacheldrahtes, der den Zugang zur Information verhindert. Doch selbst die Landreform geht nur in ganz mühsamen und langsamen Schritten voran, und der einzig wirklich grosse Gewinn ist das Ende der Kriminalisierung der sozialen Bewegungen.

Und trotzdem, ganz im Stillen, weg von den Analysen der nationalen Presse, entfernt vom Rampenlicht der anlaufenden Wahlkampagnen, erreichte die Regierung Lula zwei ganz wichtige und entscheidende Erfolge. Bis heute war staatliche Hilfe zur Förderung der sozialen Sicherheit blosser Schmuck an bunten Regierungsprogrammen. Staatliche Sozialhilfe war immer ein massives Mittel zum Kauf von Stimmen für kommende Wahlen und hatte nie die Emanzipation der sozial Ausgeschlossenen zum Ziel. Im Gegenteil diente sie der Stärkung der Abhängigkeit und selten der Überwindung sozialer Grenzsituationen. Nach langer Diskussion mit der brasilianischen Zivilgesellschaft wurde durch die Regierung Lula im Oktober 2004 auf nationaler Ebene ein komplexes System des sozialen Schutzes (Sistema Único de Assistência Social - SUAS) gesetzlich verankert. Dieses qualifiziert klar die spezifischen Sozialleistungen, regelt die Verantwortung der verschiedenen staatlichen Instanzen und ermöglicht die Einforderung der fixierten Rechte. Der soziale Schutz wird klar als Pflicht des Staates und als Recht aller Bürger erkannt, und die Verwirklichung dieser Rechte wird strategisch geplant.



Der zweite grosse und wichtige Erfolg ist der Aufbau des Systems zur Garantie der Rechte der Kinder und Jugendlichen. Über die Grenzen sektorieller Politik (Erziehung, Gesundheit, Sozialschutz usw.) hinaus wurde nach langer und intensiver Beteiligung der brasilianischen Zivilgesellschaft im April dieses Jahres ein strategisches Netz zur Garantie des ganzheitlichen Schutzes der Kinder und Jugendlichen konzipiert. Dieses Netz sichert die Verteidigung der Rechte der Kinder, strukturiert eine breite Politik der Förderung dieser Rechte und garantiert die Kontrolle ihrer Verwirklichung.

Beide Erfolge kommen riesigen Fortschritten gleich, welche die nötigen Strukturen der so dringenden Sozialpolitik verankern. Um diese Veränderung der politischen Prioritäten jedoch zu verwirklichen, muss die Kraft, gegen den Strom des trennenden Wassers zu schwimmen, grösser, breiter und mächtiger werden. Auf alle Fälle hat Lula in den beinahe vier Regierungsjahren die Sympathie der armen Bevölkerung gewonnen. Noch nie war der Anteil der Zustimmung unter den Armen so gross wie heute. Während Lula vor allem dank Stimmen der Mittel- und Oberschicht zum Präsidenten gewählt wurde, sind es im laufenden Wahlkampf vor allem die Wahlintentionen der Armen, welche Lula eine äusserst positive Perspektive der Wiederwahl ermöglichen.

Doch die entscheidende Herausforderung wird die Vermittlung eben dieser charismatischen Beziehung zwischen Lula und dem brasilianischen Volk sein. Ohne die Vermittlung dieser Beziehung durch die sozialen Bewegungen riskiert Lula, die Sympathie des brasilianischen Volks einzig und ausschliesslich zum Wahlgewinn zu instrumentalisieren. Auf der anderen Seite steht die Radikalität oder die Dürftigkeit der Regierung Lula in derselben Proportion wie es den sozialen Bewegungen und der Gesamtheit der brasilianischen Zivilgesellschaft gelingt, sich zu einem tragfähigen Netz zu verbinden. Mit anderen Worten, nicht nur Lula allein muss weiter schwimmen lernen, um ans andere Ufer zu kommen.

